

Stephan Raabe	Leiter Auslandsbüro Polen
---------------	------------------------------



Warschau, 8. Januar 2008

## Beitrag für den Europakalender der Polnischen Robert-Schuman-Stiftung

### **Eine neue Agenda ist nötig**

#### **Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem politischen Wechsel in Polen**

Der Regierungswechsel in Polen vom Herbst 2007 eröffnet auch neue Perspektiven und Chancen für die deutsch-polnischen Beziehungen in Europa. Seit fast 10 Jahren ist nun schon von einer Krise in den Beziehungen der Nachbarländer die Rede, die vor allem durch Divergenzen in Bezug auf die Sicherheitspolitik (Irakkrieg), die Ostpolitik (Russland, Gaspipeline), die Europapolitik (Staatenbund versus politische Union) und unterschiedliche Wahrnehmungen der Geschichte (Zweiter Weltkrieg, Vertreibung) angefacht wird.

In den vergangenen zwei Jahren verfolgte die konservativ-populistische Regierung Polens unter Führung von „Recht und Gerechtigkeit“ eine europa- und deutschlandpolitische Strategie, die sie selbst als „polnische Interessenpolitik“ und „Politik der Härte“ definierte. In diesem Zusammenhang sprach sie unter anderem in polemischer Weise von einer Abkehr von einem vermeintlichen früheren polnischen Vasallentum, von der Schaffung eines gleichrangigen Verhältnisses auf Augenhöhe; vom Kampf gegen den angeblichen „Geschichtsrevisio-nismus“ in Deutschland sowie von der Abwehr des deutschen „Hegemonialstrebens“ in Europa. Diese seltsame Mischung aus Minderwertigkeitskomplexen gepaart mit einem entschiedenen nationalen Anspruchsdenken verschärfte die Krise.

In den Augen vieler Menschen in Deutschland und Europa trug diese Art der Politik Züge von Donquichotterie. Sie erschien als ein unzeitgemäßes nationales Gehabe, das an den realen Gegebenheiten vorbeiging und deshalb oft auch nicht recht ernst genommen wurde, was die Regierung Kaczyński umso mehr reizte. Tatsächlich drohte diese Regierung Polen immer mehr in die Position eines halsstarrigen Außenseiters zu führen und damit in der EU zu marginalisieren. Eine führende Verantwortung, die Polen als sechstgrößtem EU-Land und mit rund 38 Millionen Bevölkerung bei weitem größtem neuem Beitrittsland in der Union zukommt, konnte die Regierung Kaczyński, Lepper, Gyertych jedenfalls nicht wahrnehmen. Die allgemeine politische Erleichterung, die sich in vielen Ländern der EU nach der Abwahl dieser Regierung durch Zweidrittel der polnischen Wähler zeigte, ist ein für sich sprechendes Zeichen.

Mit der neuen Regierung von PO und PSL stellte sich sogleich eine andere, weniger misstrauisch distanzierte, mehr kooperative, vertrauensbildende Atmosphäre ein. Dazu trugen auch die parteipolitischen Kontakte bei, die PO und PSL als Partnerparteien innerhalb der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) mit den deutschen Christdemokraten und anderen europäischen Partnerparteien in den vergangenen Jahren pflegte. Damit sind die politischen Probleme im Verhältnis von Polen und Deutschland beileibe nicht vom Tisch. Aber es gibt bessere

Chancen, die Divergenzen in konstruktiver Weise zu behandeln und sodann auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen vor allem die Felder gemeinsamer Arbeit abzustecken und darüber in einen intensiven Dialog einzutreten. Dabei sollte man selbstbewusst an dem bisher Erreichten anknüpfen, die seit Ende der 90er Jahre bestehenden Irritationen und Probleme überwinden oder zumindest an den Rand drängen und das beiderseitige Interesse an einer strategischen Partnerschaft durch konkrete Initiativen untermauern. Wir müssen davon abkommen, ständig vor allem die Streitthemen in den Vordergrund zu stellen. Dagegen ist eine neue gemeinsame Agenda in den polnisch-deutschen Beziehungen von Nöten.

Die derzeit hemmenden **Hauptprobleme** liegen im wesentlichen in den Themenbereichen:

1. Russlandpolitik: Gaspipeline, Energiesicherheit, Furcht vor deutsch-russischen Allianzen, Raketenabwehr.
2. Europapolitik: Reformperspektive Europa der Nationen oder Politische Union, Rolle Polens auf gleicher Augenhöhe, Präferenz für eine liberale Wirtschaftsunion vor einer politischen Union.
3. Geschichtspolitik: Sichtbares Zeichen der Erinnerung an Vertreibungen (Zentrum gegen Vertreibungen), Restitutionsansprüche, Ungleichzeitigkeit in der Geschichtsaufarbeitung.

Als **gemeinsame Interessen** zeichnen sich ab:

1. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Polen wirtschaftlich, sozial an den europäischen Durchschnitt einschließlich der weiteren Entwicklung der Zivilgesellschaft.
2. Eine Stärkung der konstruktiven Rolle Polens als größtes mitteleuropäisches Land in der EU mit einer besonderen Expertise und Verantwortung in der Ostpolitik.
3. Die Verbindung von europäischer Sicherheitspolitik, einschließlich der Energiesicherheit, mit transatlantischer Partnerschaft.
4. Die Beachtung und Aufnahme der kulturell-historischen Erfahrungen der mittelosteuropäischen Beitrittsländer und des Osten Deutschlands in der EU.
5. Die Förderung des Dialogs zwischen Polen und Deutschen und des Wissens voneinander, wobei gerade auch Deutschland hier eher einen Nachholbedarf hat an Wissen über die Geschichte und Kultur Polens.

Als **mögliche Instrumente, Bereiche und Initiativen des Dialoges und der Zusammenarbeit** lassen sich zum Beispiel folgende Punkte benennen:

- Die Intensivierung des politischen Dialogs auf Regierungs- und Parlamentsebene: Beziehungsaufbau und Kontaktpflege mit den neuen Funktionsträger, Regierungskonsultationen, Fachaustausch der Ministerien, gemeinsame Sitzungen der Parlamentsausschüsse, der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe, der jungen Parlamentarier, Parteiendialog; Erarbeitung gemeinsamer politischer Initiativen.
- Benennung von persönlichen Beauftragten der Regierungschefs für die bilateralen Beziehungen; Neubelebung der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Koordinatoren in den Außenministerien für die bilateralen Beziehungen: Definition von Zielen und Initiativen, jährlicher Fortschrittsbericht.
- Verstärkung des Dialoges und der Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck mit Frankreich.
- Expertengesprächskreise koordiniert von Fachinstituten zu: Europa, Wirtschaft, innerer Sicherheit, Außen- und Sicherheitspolitik, Kultur und Bildung etc.

- Profilierung der Arbeit des deutsch-polnischen Jugendwerkes, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und ähnlicher verbindender Institutionen.
- Informations- und Dialogprogramme für deutsche und polnische Medienvertreter, Mitarbeiter aus Politik und Administration sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- Gezielte Förderung von Deutschlandexperten in Polen und Polenexperten in Deutschland aus der jüngeren und mittleren Generation (Elitepflege und Eliternetzung).
- Einrichtung oder gezielte Förderung von Instituten für Deutschlandstudien in Polen sowie für Polenstudien in Deutschland (Bestandsaufnahme, Neugründungen).
- Vermehrung der Stipendien für junge Polen und Deutsche auch mit Hilfe von Wirtschaftsunternehmen.
- Verstärkte Förderung der grenzübergreifenden regionalen Zusammenarbeit auf Länder- und kommunaler Ebene.
- Platzierung von symbolischen Zeichen wie:
  - gemeinsame Auftritte der Regierungschefs, Minister, Ministerpräsidenten/Marschälle der Woiwodschaften;
  - Entspannung im Streit um die Kulturgüter und beim Problem der Restitutionsklagen;
  - Ausstellungen, Beschäftigung mit dem Nachbarland in Geschichte, Kunst etc.
- Nutzung der zivilgesellschaftlichen Träger als Foren und Transmissionsriemen unter besonderer Berücksichtigung der besonderen Rolle der katholischen Kirche, Auswahl bevorzugter Zielgruppen, Multiplikatoren sowie von Dialogformen, Anstoß von konkreten Projekten.

Zu tun gäbe es vieles und im gemeinsamen Gespräch kämen schnell noch weitere Ideen für die Kooperation auf den verschiedenen Ebenen zusammen. Die Chancen für eine Wiederbe-gründung einer Partnerschaft im Dienste der gemeinsamen Gestaltung der politischen Zukunft in Europa sind gut. Nur wenn Deutsche und Polen, Polen und Deutsche als Nachbarn im Herzen Europas vertrauensvoll zusammenarbeiten, kann die jahrzehntelange verhängnisvolle Trennung Europas in der kommunistischen Zeit überwunden werden und kann die Europäi-sche Union weiter erfolgreich ihren Weg beschreiten.